In der Senatssitzung am 8. September 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa

18.08.2020

Vorlage für die Sitzung des Senats am 08.09.2020

Antrag des Landes Bremen – „Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld“

A. Problem

Nach geltender Rechtslage können Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung auch gefördert werden, wenn die Maßnahme über die Dauer des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld hinausreicht.

Allerdings müssen diese Maßnahmen spätestens drei Monate oder bei länger als ein Jahr dauernden Maßnahmen spätestens sechs Monate vor der Ausschöpfung des Anspruchs auf Transferkurzarbeitergeld begonnen haben.

Die geltende Regelung berücksichtigt nicht in angemessener Weise, dass Transferkurzarbeitergeld häufig für kürzere Zeiträume z.B. für sechs Monate oder weniger bezogen wird und hat zur Folge, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Transferkurzarbeitergeld von weniger als sechs Monaten beziehen, grundsätzlich von längerfristigen Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen sind.

B. Lösung

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa schlägt vor, den anliegenden Entschließungsantrag in den Bundesrat einzubringen.

Der Antrag sieht vor, die Bundesregierung aufzufordern, die bestehende Gesetzesgrundlage zu ändern. Die neue Regelung soll zu jedem Zeitpunkt des Bezuges von Transferkurzarbeitergeld die Möglichkeit eröffnen, die Teilnahme an einer länger als zwölf Monate dauernden Maßnahme der beruflichen Weiterbildung zu fördern.

Es ist beabsichtigt, den Antrag dem Bundesrat für die Plenarsitzung am 18.09.2020 zuzuleiten.

Das Land Thüringen hat gegenüber der Landesvertretung in Berlin erklärt eine Mit Antragstellung anzustreben, die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben ihre Unterstützung erklärt.

C. Alternativen

Bremen könnte von der Einbringung eines Entschließungsantrags Abstand nehmen. Dies wird jedoch nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Antragstellung hat keine unmittelbaren finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die im Antrag vorgesehene Gesetzesänderung wirkt für Männer und Frauen gleichermaßen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung durch den Senat steht einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 18.08.2020 den Antrag zur „Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld“ einzubringen.

Anlage

- Antrag des Landes Bremen (Entwurfassung)

des Landes Bremen

18.08.2020

Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld

Der Bundesrat stellt fest, dass die geltende Regelung zur Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld nach § 111a Abs. 2 Nr. 1 SGB III zu unerwünschten Einschränkungen führt.

Die geltende Regelung führt dazu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Bezugsdauer von Transferkurzarbeitergeld weniger als sechs Monate umfasst, grundsätzlich von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ausgeschlossen sind, die länger als ein Jahr dauern. Selbst bei einer Dauer von sechs Monaten Transferkurzarbeitergeld müssen bereits vor dem ersten Tag des Bezugs des Transferkurzarbeitergeldes sämtliche Beratungsprozesse sowie die Antragstellung abgeschlossen sein.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die bestehende Gesetzesgrundlage nach der die Maßnahme spätestens drei Monate oder bei länger als ein Jahr dauernden Maßnahmen spätestens sechs Monate vor der Ausschöpfung des Anspruchs auf Transferkurzarbeitergeld beginnen muss zu ändern. Die neue Regelung soll berücksichtigen, dass der Anspruch auf Transferkurzarbeitergeld häufig kürzer als 12 Monate ausfällt und zu jedem Zeitpunkt des Bezuges von Transferkurzarbeitergeld die Möglichkeit eröffnen, die Teilnahme an einer länger als zwölf Monate dauernden Maßnahme der beruflichen Weiterbildung zu fördern.

Begründung

Mit der Neufassung des § 111a SGB III im Zuge des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung vom 20. Mai 2020 sind die Fördermöglichkeiten von Qualifizierungen erweitert worden. Die Beschränkung auf Ältere und Geringqualifizierte wurde aufgehoben, zudem werden nun auch Weiterbildungsmaßnahmen gefördert, deren Zeitraum über die Dauer des Bezugs von Transferkurzarbeitergeldes hinausreicht.

Allerdings muss eine Maßnahme der beruflichen Weiterbildung, die nach dem Ende des Bezuges von Transferkurzarbeitergeldes endet, spätestens drei Monate oder bei länger als

ein Jahr dauernden Maßnahmen spätestens sechs Monate vor der Ausschöpfung des Anspruchs auf Transferkurzarbeitergeld begonnen haben.

Insbesondere die Maßgabe, dass eine Maßnahme der beruflichen Weiterbildung mit einer Dauer von einem Jahr oder länger mindestens sechs Monate vor dem Ende des Bezugs von Transferkurzarbeitergeldes begonnen haben muss, führt zu unerwünschten Erschwernissen bei der Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die geltende Regelung berücksichtigt nicht in angemessener Weise, dass Transferkurzarbeitergeld häufig für kürzere Zeiträume z.B. für sechs Monate oder weniger bezogen wird.

Damit werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Transferkurzarbeitergeld von weniger als sechs Monaten beziehen, grundsätzlich von längerfristigen Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen.

Selbst bei einer Laufzeit des Transferkurzarbeitergeldes von sechs Monaten muss die Maßnahme der beruflichen Weiterbildung bereits am ersten Tag des Bezugs des Transferkurzarbeitergeldes beginnen. In der Folge müssen sämtliche Beratungs- und Vereinbarungsprozesse sowie die gesamte Antragstellung bereits vor dem ersten Tag des Bezugs von Transferkurzarbeitergeldes abgeschlossen sein. Andernfalls schließt die geltende Regelung nach § 111a SGB III die Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung von einem Jahr oder länger aus.

Dies zeigt sich u.a. aktuell bei der Einrichtung einer Transfergesellschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Warenhauses, für die eine Gesamtdauer des Transferkurzarbeitergeldes von sechs Monaten vereinbart worden ist.